

DETAILBESCHREIBUNG

Kurze Projektbeschreibung

Das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) ist Bestandteil einer langfristig angelegten, integrierten Stadtentwicklungspolitik der Hansestadt Bremen. Es hat zum Ziel, die komplexen Segregations- und Polarisierungsprobleme abzufedern und die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. In zehn benachteiligten Quartieren der Stadtgemeinde Bremen werden im Konsensverfahren so genannte Quartiersbudgets verwaltet und in einem basisdemokratischen Verfahren für zusätzliche Vorhaben und Projekte eingesetzt. Pro Quartier stehen dafür jährlich ca. 300.000 Euro zur Verfügung.

Ziele des Beteiligungsprozesses

Ein zentrales Ziel des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ ist es, alle für das Leben im Quartier relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen und in gemeinsamen Aushandlungs- und Diskussionsprozessen auf möglichst „gleicher Augenhöhe“ über die Mittelvergabe des Quartiersbudgets zu entscheiden. Fundamental ist hier vor allem, den BewohnerInnen ein Forum zu bieten, in dem sie ihre Meinung, Wünsche und Beschwerden einbringen können und gleichberechtigt über Gelder bestimmen können.

Hintergrund des Beteiligungsprozesses

Ausgangssituation

In den benachteiligten Quartieren der Stadtgemeinde Bremen leben zumeist Menschen, die ökonomisch marginalisiert werden und deren Interessen von PolitikerInnen häufig nicht wahrgenommen werden. Werden diese Quartiere sich selbst überlassen, droht ein so genannter „Fahrstuhleffekt, den man beispielsweise in den Vorstädten von Paris oder in den Ghettos von amerikanischen Großstädten beobachten kann. Konkret äußerte sich dies in Bremen - Tenever, beispielsweise darin, dass es zu sozialer Stigmatisierung von BewohnerInnen aufgrund ihrer Wohnadresse kam. Diese Personen mußten auch eine Benachteiligung am Arbeitsmarkt feststellen. Um hier entgegen zu steuern wurde ein Programm wie WiN dringend notwendig. Mithilfe von WiN sollen ressortübergreifend Kräfte und Ressourcen bezogen auf einen „Sozialraum“ gebündelt und Aktivitäten vor Ort angestoßen und unterstützt werden. BürgerInnen zu beteiligen bzw. zu aktivieren darf jedoch weder instrumentalisiert werden noch „Scheinbeteiligung“ sein. Die BewohnerInnen sind als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anzuerkennen und daher als aktive Mitgestalter ihres Gemeinwesens ernst zu nehmen. Dies erfordert ein neues Politikverständnis: Machtverzicht von MandatsträgerInnen und Verwaltung zu Gunsten der Abgabe von Kompetenzen. WiN schafft hierfür mit den Quartiersbudgets und dem Konsensprinzip beste Voraussetzungen. Das Programm wird in 10 benachteiligten Quartieren Bremens umgesetzt. Als ein Beispiel für einen Stadtteil: Der Ortsteil Tenever liegt im Benachteiligungsindex der Sozialindikatorendatei der Hansestadt an erster Stelle der benachteiligten Gebiete. Von den rund 11.000 Menschen in Tenever haben ca. 70 Prozent einen Migrationshintergrund. Hier sind über 80 verschiedene Nationalitäten vertreten. Der Anteil der Unter-18-Jährigen liegt bei rund 30 Prozent (Bremer Durchschnitt 16 Prozent). Über 40 Prozent der Menschen sind auf staatliche Transferleistungen angewiesen; die Arbeitslosenquote liegt bei 25 Prozent.

Initiierung des Beteiligungsprozesses

Initiierung

WiN ist Teil einer langfristig angelegten sozialen Stadtteilentwicklungspolitik der Hansestadt Bremen. Die positiven Erfahrungen mit dem in den 1980er Jahren umgesetzten Stadtentwicklungsprogramm mit der Bezeichnung „Nachbesserung von benachteiligten Wohnquartieren“ haben im Jahr 1998 zur Verabschiedung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) durch den Bremer Senat geführt. Federführend für das Programm sind die Senatsressorts „Bau“ und „Soziales“. Seit 1999 wird WiN ergänzt durch das Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“, seit 2003 wird in allen 10 WiN Gebieten zusätzlich das ESF-Bundes-Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS) umgesetzt.

Involvierte Personen und Institutionen

Für die Umsetzung des Programms WiN wurde in Tenever die „Stadtteilgruppe Tenever“ geschaffen. In diesem lokalen, öffentlichen Forum kommen alle vier bis sechs Wochen ca. 50-100 Menschen zusammen. Die Stadtteilgruppe Tenever wird geschäftsführend geleitet vom Quartiersmanagement „Projektgruppe Tenever“. In der Stadtteilgruppe werden neue Entwicklungen und Probleme des Quartiers und der hier arbeitenden oder lebenden Menschen sowie mögliche Lösungen diskutiert und öffentlich beraten. Wichtig dabei: Jeder kann mit den gleichen Rechten an der Stadtteilgruppe teilnehmen – es gibt keine gewählten Vertreter; damit haben sowohl BewohnerInnen, Wohnungsbaugesellschaften, VertreterInnen der sozialen, kulturellen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Kommunalpolitiker, VertreterInnen der Öffentlichen Verwaltung (Ortsamt, Polizei usw.), als auch die Gewerbetreibenden im Quartier gleiches Stimm- und Mitspracherecht. Die BewohnerInnen sind in diesen Gremien in Tenever sehr gut vertreten- ihr Anteil liegt pro Sitzung zwischen 40 - und 70 Prozent.

Gestaltung und Durchführung des Beteiligungsprozesses

Prozessdesign

In einem Quartier wie Tenever, in dem Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellen Hintergrund und Bildungsstatus leben, sind zur Ansprache und Beteiligung der BewohnerInnen sehr verschiedenartige Methoden notwendig. Die Stadtteilgruppe Tenever setzt als „klassische Sitzung“ bereits relativ viel voraus. Hier tragen v.a. sogenannte „Multiplikatoren“ oder „Sprecher“ einer bestimmten Gruppe (z.B. „Bewohnertreff“, „Interkulturelle Werkstatt“ oder Elternsprecher von Kitas oder Schulen) Meinungen oder Wünsche und Forderungen in die Runde.

Rund um die Stadtteilgruppe gibt es daher eine Vielzahl an weiteren Beteiligungsformen und Orten, an denen die Menschen ihre Wünsche und Sorgen äußern können. Es gibt Hausversammlungen, „Tür-zu-Tür-Befragungen“, Aktionen auf Festen und Veranstaltungen - die MitarbeiterInnen der sozialen Einrichtungen haben ein offenes Ohr für Quartiersbelange. Die hier geäußerten Meinungen der BewohnerInnen werden über das in Tenever sehr gut funktionierende Netzwerk in die Stadtteilgruppe hineingetragen. Gerade dieser vertrauensvolle Ablauf und die damit verbundene „gute Stimmung“ vor Ort sind wichtige und wertvolle Grundlagen für Projektentwicklung und Mittelvergabe im Rahmen der Quartiersentwicklung.

Die Mittelvergabe im Konsensprinzip ist der „Höhepunkt“ der Mitspracherechte insbesondere der BewohnerInnen. Grundlage hierfür ist ein Beschluss der Kommunalpolitik, die den Quartieren somit großen Handlungsspielraum einräumt.

Ablauf

Etablierung der Stadtteilgruppe Tenever als lokales Forum:

Im Jahre 1989 wurde über die Form und die Arbeitsweise der neu gegründeten Stadtteilgruppe Tenever noch heftig diskutiert: Unklar war zunächst, ob die Sitzungen 1. öffentlich sein sollen und 2. ob sie mit uneingeschränkter Bewohnerbeteiligung durchgeführt werden sollen.

Im Laufe des Jahres wurde schließlich beschlossen, dass die Sitzungen zukünftig allen offen stehen - wahrlich ein Meilenstein im Beteiligungsverfahren.

Zentrale Elemente einer heutigen Stadtteilgruppensitzung:

Zu Beginn jeder Sitzung werden „Aktuelle Fragen und Probleme der Bewohnerschaft“ behandelt. Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Wunsch der BewohnerInnen eingeführt- hier haben sie die Möglichkeit, direkt zu Beginn der oftmals 3 Stunden dauernden Sitzung ihr Anliegen einzubringen. Die Themen reichen von Beschwerden über Verschmutzung im öffentlichen Raum über Fragen der aktuell statt findenden Sanierung bis hin zu politischen Themen wie die drohende Schließung einer Kita oder steigende Armut im Quartier. Dadurch, dass in der Regel alle wichtigen Akteure mit am Tisch sitzen, kann Vieles direkt geklärt werden. So kann z.B. der Vertreter der Wohnungsbaugesellschaft oder der Geschäftsführer der Sanierungsgesellschaft den Beschwerden oder auch Anregungen nach gehen. Die Sitzung wird protokolliert und auf der jeweils folgenden Sitzung wird im zweiten Tagesordnungspunkt abgefragt, ob die „Hausaufgaben“ erledigt worden sind und über zwischenzeitlich erfolgte Entwicklungen berichtet.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt ist die Mittelvergabe für Projekte aus den Programmen WiN, Soziale Stadt und LOS im Konsensprinzip. Hier werden pro Sitzung ca. 10-14 neue (oder Fortsetzungs-) Projekte vorgestellt und in der Regel beschlossen. In Tenever wurden bereits über 300 Projekte beschlossen und umgesetzt.

Besonderheiten des konkreten Beteiligungsprozesses

Das Konsensprinzip bei der Vergabe öffentlicher Mittel ist in Bremen (und auch bundesweit) eine Besonderheit. Die Mittel werden für ein Projekt erst dann bewilligt, wenn die Stadtteilgruppe Tenever im Konsens darüber beschlossen hat. Das heißt, jeder Anwesende hat das Recht, bei Bedenken sein Veto einzulegen – und muss dies in dieser Sitzung nicht einmal begründen. Dieses Vergabeprinzip funktioniert in Tenever bereits seit 17 Jahren – mit Erfolg!

Da jedes Projekt, bevor es in der Stadtteilgruppe zur Beschlussfassung vorgestellt wird, bereits im Vorfeld so qualifiziert wird, dass es größtmöglichen Rückhalt hat, kommt ein Veto sehr selten vor. Gibt es ein Veto, heißt das jedoch nicht, dass das Projekt "für immer" gescheitert ist. Es wird – gemeinsam mit dem Veto-Einleger – nachbearbeitet und oftmals dadurch noch um wichtige Punkte ergänzt. So nachgebessert und modifiziert kann es dann erneut zur Beschlussfassung gestellt werden.

Ergebnisse des Beteiligungsprozesses

Erzielte Ergebnisse

Die Mittelvergabe nach dem Konsensprinzip ist von hohem Wert für die Quartiersentwicklung:

- sie sichert allen Beteiligten, insbesondere den BewohnerInnen, gleiches Stimmrecht zu
- die so beschlossenen Projekte haben in der Regel eine hohe Akzeptanz im Quartier
- die Mittel werden sehr sparsam vergeben: sie werden sehr bedarfsgerecht und zielsicher eingesetzt und steigern somit Qualität und Effizienz der Maßnahmen

Stand der Umsetzung

Das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (IfS) evaluierte das WiN-Programm im Jahre 2004 mit dem Ergebnis, dass es als zukunftsweisender Ansatz sozialer Stadtentwicklung bezeichnet werden kann. Die Kommunalpolitik hat 2004 eine Fortsetzung des Programms in allen 10 Gebieten beschlossen. Durch die mittlerweile langjährige Umsetzungspraxis und die durchweg positiven Erfahrungen ist insbesondere die Stadtteilgruppe Tenever zum Gegenstand zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen und Publikationen geworden. Im Rahmen von Vorträgen, Fortbildungsveranstaltungen und Exkursionen werden die Erfahrungen und Prinzipien an zahlreiche PraktikerInnen weiter gegeben.

Conclusio

Nutzen des Beteiligungsprozesses

Die hohe Beteiligung der BewohnerInnen an Stadtteilgruppensitzungen und damit am politischen Quartiersdiskurs (wie zum Beispiel in Bremen-Tenever) zeigen, dass das Programm bei den Menschen Zustimmung findet. Sie setzen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ihre Interessen ein, werden gehört und ernst genommen. Aufgrund dessen, dass die Politik Entscheidungsmacht (die Vergabe des Quartiersbudgets) direkt an die Betroffenen abgegeben hat, fühlen sich alle Beteiligten, insbesondere die BewohnerInnen, wert geschätzt und ermutigt, sich für „ihr“ Quartier und ihre Interessen einzusetzen und zu engagieren.

Dadurch, dass auf den Stadtteilgruppensitzungen zur Vergabe der Projektmittel in der Regel VertreterInnen aller für das Leben im Quartier bedeutsamen AkteurInnen zusammen kommen (BewohnerInnen, Politik, Verwaltung, Wohnungsbaugesellschaften, Gewerbetreibende, Soziale und kulturelle Einrichtungen), können ressortübergreifend Vertrauen aufgebaut und Kräfte gebündelt werden. Letztlich führt die enge Zusammenarbeit der Beteiligten zu einer „Politik der kurzen Wege“.

„Highlights“ des Beteiligungsprozesses

Insbesondere, dass man die BewohnerInnen vor Ort (in den lokalen Foren) über öffentliche Gelder entscheiden lässt und ihnen Mitsprache einräumt, macht den Erfolg von WiN aus. Gerade die Interessen, Sorgen und Nöte von Menschen, die in so genannten benachteiligten Quartieren leben, bleiben im bundesdeutschen parlamentarisch-repräsentativen System häufig außer Acht. Das Programm WiN eröffnet ihnen Mitbestimmungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Wichtig und erfolgsversprechend ist hier, die Anliegen der Menschen ernst zu nehmen und an ihre Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten angepasste, niedrigschwellige Beteiligungsverfahren zu entwickeln. Das erfordert einen hohen Grad an Flexibilität im Umgang mit unterschiedlichen AkteurInnen und Milieus sowie mit verschiedenen Beteiligungsverfahren.

„Stolpersteine“ des Beteiligungsprozesses

Als schwierig gestaltet sich nach wie vor die verantwortliche und kontinuierliche Einbindung aller Senatsressorts in die Quartiersentwicklung. Zwar sind alle Ressorts an der Umsetzung von WiN beteiligt, doch bestehen keine verbindlichen Regelungen auf der Ebene der strategischen und operativen Steuerung. Gute Kooperationen gibt es zwar auf der lokalen Ebene, doch die reicht allein nicht immer aus.

An Grenzen stößt Quartiersentwicklung dort, wo Verbesserungen nicht allein mit „zusätzlichen“ Mitteln auf lokaler Ebene erreicht werden können. Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut, Chancen und Rechte von Zugewanderten und Flüchtlingen, Ungleiche Chancen im Bildungssystem und damit im Zugang zu den Lebensunterhalt sicherndem Einkommen - dies alles sind Probleme, die gesamtgesellschaftlich angegangen werden müssen.

Fact Sheet

Angewandte Methoden

x	Methode	Methode	x
	Anwaltsplanung	Open Space Konferenz	
x	Aktivierende Befragung	Planspiel	
x	BürgerInnenversammlung	Planungszelle	
	Delphi-Befragung	Runder Tisch	x
	Fokusgruppen	SUP am runden Tisch	
	Internet-Partizipation	Workshop	x
	Konsensus-Konferenz	Zukunftskonferenz	
	Kooperativer Diskurs	Zukunftswerkstatt	x
x	Mediation	Anderer: öffentliche Sitzungen zur konsensualen Vergabe des Quartiersbudgets, moderiert durch das jeweilige Quartiersmanagement	
	Neo-Sokratischer Dialog		

Thematischer Bereich

x	Thematischer Bereich	Thematischer Bereich	x
	Abfallwirtschaft	Telekommunikation	
x	Dorf- und Stadtentwicklung	Tourismus und Freizeit	
	Energiewirtschaft	Umweltpolitik allgemein (z.B. Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie, o.ä...)	
x	Gemeinwesenarbeit	Verkehr und Mobilität	
	Industrie, Gewerbe, Betriebe	Wasserwirtschaft	
x	Kinder- und Jugendpartizipation	Wohnen und Wohnumfeldverbesserung	x
	Naturraum	Anderer: Quartiersentwicklung / soziale Stadtteilentwicklung	
	Regionalentwicklung	Anderer:	

InitiatorInnen [wer hatte die Idee zum Beteiligungsverfahren, wer hat es angeregt/ initiiert]

S. O.

Beteiligte [wer bzw. wie viele Personen und Institutionen waren beteiligt]

S. O.

AuftraggeberIn [wer hat den Beteiligungsprozess beauftragt]

S. O.

Kosten und Finanzierung

Jährlich werden 300.000€ für jedes der 10 WiN-Gebiete zur Verfügung gestellt. Neben den Mitteln aus dem sozialen Stadtteilentwicklungsprogramm WiN, gibt es auch eine Förderung aus dem Bund-Länder Programm „Soziale Stadt“ und seit 2003 auch aus dem ESF-Bundes-Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS).

Prozessbegleitung und -beratung

Gesteuert wird das Programm gesamtstädtisch von einer ressortübergreifenden WiN-Geschäftsführung.

Vor Ort sind so genannte Quartiersmanagements eingesetzt. In Tenever arbeitet ein ressortübergreifendes Team (Bau und Soziales) gemeinsam in der Quartiersentwicklung.

Räumliches Umfeld

S. 0.

Zeitplan

Zunächst auf den Zeitraum von 1999 bis 2004 befristet, wurde die Weiterführung des WiN-Programms für weitere sechs Jahre von der Bremischen Bürgerschaft beschlossen.

Publikationen zu diesem Verfahren *[in gedruckter wie in digitaler Form]*

Bronke, Karl 2002: Programm „Wohnen in Nachbarschaften - WiN“ (Bremen), in Pröhl, Marga; Sinnig, Heidi; Nährlich, Stefan (Hg.): Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland. Anforderungen und Qualitätsbausteine, Band 3: Ergebnisse und Perspektiven des Netzwerkes CIVITAS, Gütersloh, S. 220-222.

Schreier, Maren; Barloschky, Joachim 2006: Quartierbudget - Ansätze und Erfahrungen am Beispiel des Programms WiN - Wohnen in Nachbarschaften in Bremen-Tenever, in Sinnig, Heidi (Hg.): Stadtmanagement. Strategien zur Modernisierung der Stadt(-Region), Dortmund, S. 320-331.

IfS (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik) 2004: Evaluation der Programme „Wohnen in Nachbarschaften - WiN“ und „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf- die Soziale Stadt“ in Bremen. Endbericht, Berlin.

Angaben zur Person, die dieses Fallbeispiel zur Verfügung stellt:

Vorname: Karsten Familienname: Redmann
Beruflicher Hintergrund: Politikwissenschaftler und freier Journalist
Institution:
Position:
Straße: Kohlhöckerstraße 1-2
PLZ: 28203 Ort: Bremen Land: Deutschland
Telefon:
Fax:
e-mail: karstenredmann@gmx.de
website:
Rolle im beschriebenen Verfahren: journalistische Öffentlichkeitsarbeit
Bereit für Detailauskünfte: Joachim Barloschky und Maren Schreier, Projektgruppe Tenever
Neuwieder Str. 44a, 28235 Bremen, BRD, Tel. 0421 - 425769, e-mail: projektgruppe@bremen-tenever.de; www.projektgruppe-tenever.de